

Bewegung bei den Krankenversicherten Seite 13

Die neue deutsche Regierung als Chance für die Schweiz Seite 13

Ländlicher Gegenpol zur Agglomeration Zürich Seite 15

Zentralschweiz weibelt in Bern für Bahnprojekte Seite 15

# Genug Lehrstellen, aber Leere nach der Lehre

Verbundpartner der Ausbildung lancieren Massnahmen gegen den Personalnotstand im Gesundheitswesen

Die nationale Lehrstellenkonferenz konnte sich über einen intakten Lehrstellenmarkt freuen. Sorge aber bereiten die Jugendarbeitslosigkeit und die Personalnot im Gesundheitssektor. Dagegen wurden auch provokative Massnahmen vorgeschlagen.

Walter Hagenbüchle

Aus der Taufe gehoben hatte den bildungspolitisch gewichtigen Anlass vor fünf Jahren der damalige Bundesrat Joseph Deiss auf dem Zenit der Lehrstellenkrise: Sämtliche Verbundpartner der Arbeitswelt sollten sich jährlich zur Beobachtung des Lehrstellenmarktes und zur Beschliessung allfälliger Massnahmen treffen. Dieses Jahr fand man sich in Baden ein. Und aufgrund der Tatsache, dass die berufliche Grundausbildung im dualen System eher von der demografischen als von der konjunkturellen Entwicklung abhängt, vermochte der Befund von Bundesrätin Doris Leuthard zwar zu erfreuen, aber nur bedingt überraschen: Der Lehrstellenmarkt habe erfolgreich der Krise getrotzt, konnte die Volkswirtschaftsdirektorin der Gemeinde vermelden.

Quelle der frohen Botschaft bildete das jüngste Lehrstellenbarometer. Es weist aus, dass bis Ende August die Unternehmen 82 000 Ausbildungsplätze besetzt haben und dass – wie bereits im Vorjahr – erst noch 5000 Lehrstellen einer Belegung harren. Das Angebot der Unternehmen lag zwar um rund ein Prozent tiefer als im Vorjahr, dafür sank auch die Nachfrage Jugendlicher nach Lehrstellen leicht. Laut Eidgenössischem Volkswirtschaftsdepartement dürfte dies auf den demografischen Rückgang bei den Schulabgängern zurückzuführen sein. Rund die Hälfte der 147 000 Jugendlichen, die letzten April vor der Ausbildungswahl standen, entschied sich für eine berufliche Grundbildung. Etwa 9000 bezeichneten sich als arbeitslos bzw. ohne Beschäftigung – 2008 waren es erst 7000 gewesen.

## Erfolgsmodell duale Bildung

Offenkundig haben also auf dem Lehrstellenmarkt die noch unter Volkswirtschaftsminister Deiss beschlossenen Massnahmen wie Lehrstellenförderung, Coaching und Mentoring gegriffen und auch negative Einflüsse des wirtschaftlichen Abschwungs auffangen können. Erfreut zeigte sich Bundesrätin Leuthard aber vor allem darüber, dass die Unternehmen unter dem Strich keine



Ein Rad im Erfolgsmodell – Stefan Amacher, der im August 2008 seine Lehre als Automechaniker antrat.

CHRISTIAN BEUTLER / NZZ

Lehrstellen aufgehoben hätten, denn ohne dieses anhaltende Engagement der Wirtschaft könne das duale Berufsbildungssystem nicht funktionieren.

Dessen Stellenwert hob die Vorsteherin des Volkswirtschaftsdepartementes am Montag hervor, als sie das Schweizer Team der Berufsweltmeisterschaften in Calgary zu ihren Spitzenplätzen beglückwünschte. Mit Bezug auf ein Interview von «Weissbuch»-Mitautor Professor Walther Zimmerli in der NZZ sagte sie, dass, wer aus dem Elfenbeinturm herab die duale Berufsbildung als «Auslaufmodell» abqualifiziere, die Realitäten verkenne. Entscheidend sei nicht der Titel, sondern das Können, die Qualität der Ausbildung und die Motivation Jugendlicher.

Trotz der generell hellen Lage am Lehrstellenmarkt zeigen sich im Bereich der Gesundheitsberufe dunkle Wolken am Horizont. Bundesrätin Leuthard zitierte dazu eine Studie, wonach in diesem Sektor in der Schweiz heute 490 000 Personen beschäftigt seien. Angesichts des demografischen Wandels – es wird zunehmend mehr pflegebedürftige ältere Menschen mit neuen Krankheitsbildern und entsprechend hohem Pflegebedarf geben –

steige die Nachfrage nach Angestellten bis 2020 jedoch um 25 000 Personen an. Alle beteiligten Partner aus Bund, Kantonen und Arbeitswelt verständigten sich daher auf ein Massnahmenpaket mit vier Pfeilern.

## Gesundheitssektor gefordert

Einen ersten Erfolg verspricht man sich von der zweijährigen Grundausbildung «Gesundheit und Betreuung» mit eidgenössischem Berufsattest, deren Einführung für 2012 geplant ist. Der Kanton Aargau prüft, einen Versuch 2010 zu starten, Basel-Landschaft und Bern wollen 2011 nachziehen. Damit sollen Erfahrungen mit Blick auf die landesweite Einführung gesammelt werden, wie EDK-Präsidentin Chassot betonte.

Ferner sollen mit einer Informationsoffensive mehr Jugendliche für Ausbildungen im Gesundheitsbereich motiviert und auch vermehrt Quereinsteiger für Medizinalberufe gewonnen werden. Schliesslich sollen Lehrstellenförderer angestellt werden, um neue Ausbildungsplätze zu schaffen. Generell zeichnete sich an der Badener Konferenz ein Trend zu mehr Druck vonseiten der Kantone ab. So forderte der

Basler Regierungsrat Carlo Conti, Vizepräsident der Schweizerischen Gesundheitsdirektorenkonferenz, mit Auflagen in Leistungsvereinbarungen müssten öffentliche und private Spitäler sowie Heime dazu verpflichtet werden, Ausbildungsplätze anzubieten (vgl. Interview). Die Spitzenvertreter der Arbeitswelt wollen solche Massnahmen mittragen. Der Bund müsse sich aber nach einer Aufbauphase zurückziehen, forderte Thomas Daum, Direktor des Arbeitgeberverbandes. Und Paul Rechsteiner, Präsident des Gewerkschaftsbundes, wies auf die Arbeitsbedingungen im Gesundheitssektor hin: Kritische Faktoren seien Löhne und Lohnniveau.

Helfen könnte hier auch die Tatsache, dass die Wirtschaftskrise im Gesundheitswesen gemäss Leuthard eine eher untergeordnete Rolle spielt. Dies ganz im Gegensatz zum restlichen Arbeitsmarkt, wo es nach der Lehre mit dem Berufseinstieg markant harzt. Diesen September betrug die Arbeitslosigkeit bei den 20- bis 24-Jährigen 6,4 Prozent – 2,9 Prozent mehr als im Vorjahr. Deshalb soll nun – analog zum Bereich Lehrstellen – ein Berufseinstiegs-Barometer geschaffen werden.

## Erfolgsdruck

Berufsbildungssystem fit machen

hag. · Es gibt eine gute und eine schlechte Nachricht von der Arbeitsfront: Der Lehrstellenmarkt trotz der Wirtschaftskrise, doch der nahtlose Einstieg in die Arbeitswelt nach dem Lehrabschluss ist schwieriger geworden. Der Befund überrascht nicht, ist doch die berufliche Grundbildung weit weniger konjunkturabhängig als der Berufseinstieg, der als Spiegel des Gesamtmarktes gilt und dessen Regeln folgt. Diesem Meccano entsprechend bei 6,4 Prozent liegt zurzeit die Jugendarbeitslosigkeit in der Schweiz. Das ist zwar hoch, aber doch markant tiefer als im europäischen Umland. Der Vorsprung ist fraglos auch unserem dualen Berufsbildungssystem zuzuschreiben, das als Phalanx gegen Jugendarbeitslosigkeit gilt und international hohes Ansehen genießt.

Doch das helvetische Erfolgsmodell braucht intensivere Pflege als auch schon, da es neue Herausforderungen parieren muss. Allen voran die demografische, denn bis 2018 wird es 12 Prozent weniger Schulabgänger geben. Zusammen mit dem Trend zur Akademisierung der Ausbildung wird dies bei der Selektion der Lehrstellensuchenden zu einer sozial höchst brisanten Verschärfung beim Berufseinstieg schulschwacher Jugendlicher führen. Eine zweite Herausforderung bildet die technologische Entwicklung. Neue Berufe im Bereich IT, Hightech oder Energie erfordern mehr Professionalisierung – notabene nicht Akademisierung – der Berufsausbildung. Auch aus dieser Optik wird der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften steigen, das eher behäbige Schweizer Bildungssystem ist gefordert.

Dass solche Renovationen an einem Erfolgsmodell plötzlich sehr dringlich sein können, zeigt der drohende Personalnotstand im Gesundheitswesen. Die Verbundpartner haben zu seiner Linderung die Schaffung niederschwelliger Ausbildungsgänge und die Aktivierung von Quereinsteigern für Medizinalberufe beschlossen. Das passt. Was aber vor allem fehlt, sind Ausbildungsplätze. Ohne solche ist kein inländischer Nachwuchs zu haben. Gegen allen Druck politischer Reformen im Gesundheitsystem und die verschärften Arbeitsbedingungen im Berufsumfeld muss deshalb landesweit durchgesetzt werden, was der Vizepräsident der Gesundheitsdirektorenkonferenz, Carlo Conti, fordert: die finanzielle Steuerung der Ausbildungsplätze über den Leistungsauftrag der Kantone an öffentliche wie private Spitäler und Heime. Ein Modell, das sich beim öffentlichen Beschaffungswesen bestens bewährt hat.

## «Spitäler müssen selbst für den Nachwuchs sorgen»

Carlo Conti, Vizepräsident der Gesundheitsdirektorenkonferenz, will Leistungsaufträge an Ausbildungsplätze koppeln

In Basel installieren Sie, was gesamtschweizerisch provozieren dürfte: Auflagen in Leistungsvereinbarungen sollen öffentliche wie private Spitäler und Heime dazu verpflichten, Ausbildungsplätze anzubieten. Wer soll Richter über diese Quote an Arbeitsplätzen sein?

Nicht die Gesundheitsdirektoren, sondern die OdASanté, die Vereinigung der Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter im Gesundheitswesen, welche die Auflagen aufgrund der jeweiligen Verhältnisse festlegt. Keinesfalls sollen die Kantone mit Phantasiezahlen Leistungsaufträge erlassen.

Wann könnte ein solches Steuerungsinstrument landesweit in Kraft treten?

Im Jahre 2012, wenn die neue Gesetzgebung zur Spitalfinanzierung vollzogen und die neuen Fallkostenpauschalen installiert sind. Dies bedeutet Umstellung auf Leistungsfinanzierung. Öffentliche Gelder für Ausbildung flies-

sen dann nicht mehr an Spitäler, sondern sind Teil dieser Fallkostenpauschale.

Warum braucht es diesen Druck auf Spitäler, Heime und Spitex?

Da die Ausbildungsverantwortung im Gesundheitsbereich lange Zeit beim Bund bzw. beim Roten Kreuz lag, haben sich die Institutionen an entsprechende Unterstützung gewöhnt. Nun aber sind die Anbieter selbst in der Pflicht, sich um ihren Nachwuchs zu sorgen. Diesen Wechsel soll man nun auch bezüglich der Finanzierung bewusst machen.

Sie teilen die Ansicht von Arbeitgeberdirektor Daum, das Gesundheitswesen dürfe keine Bevorzugung geniessen?

Durchaus, wie in allen anderen Branchen ist es Aufgabe der Arbeitgeber, für ihre Nachwuchssicherung zu sorgen. Sonderlösungen – etwa im Rahmen von Anschubfinanzierung – kön-

nen zwar das Bewusstsein schärfen, aber sie dürfen nicht zur dauerhaften Lösung werden.

Der gesundheitspolitische Druck ist zurzeit hoch. Ist das mit Blick auf den Lockruf an die Jugend nicht heikel bezüglich Arbeitsbedingungen und Lohnsituation im Gesundheitsbereich?

Da gibt es sicher einen gewissen Zielkonflikt. Daher gehören zu den Ausbildungsplätzen eben auch attraktive In-

frastrukturangebote wie etwa Kinderkrippen, die eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen.

In der Debatte der Lehrstellenkonferenz wurde der hohe Ausländeranteil in Gesundheitsberufen negativ eingeschätzt. Eine politisch korrekte Wertung? Wir haben in vielen Spitälern in der Schweiz einen hohen Anteil ausländischer Arbeitskräfte, bei uns in Basel auch sehr viele Grenzgänger. Das führt dazu, dass man in den Nachbarländern Arbeitskräfte abzieht. Ich glaube aber, jedes Land muss für den eigenen Nachwuchs sorgen. Es braucht dennoch einen gewichtigen Anteil an ausländischem Personal, denn wir haben auch zunehmend mehr Migranten als Patienten, und diese können durch Personal, das ihre Sprache, Kultur und Mentalität versteht, besser betreut werden.

Interview: hag.

## Virenattacke auf das Aussendepartement

(sda) · Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) ist Opfer einer «professionellen Virenattacke» geworden. Dies teilte das EDA am Montagabend mit. Wie gross der allfällige Schaden ist, wird noch abgeklärt. Das EDA habe sein IT-Netz gegenüber dem Internet abgeschottet, heisst es in der EDA-Mitteilung. Damit solle ein Datenfluss nach aussen verhindert und eine Manipulation der Informatikinfrastruktur durch Dritte verunmöglicht werden. Für die EDA-Mitarbeitenden bedeutet die Abschottung, dass sie derzeit keinen Zugriff aufs Internet haben, wie EDA-Sprecher Georg Farago auf Anfrage sagte.

Der Angriff war am 22. Oktober festgestellt worden. Unbekannte Täter setzten laut EDA eine besondere Software ein, um in die IT-Infrastruktur des Departements zu gelangen und gezielt Informationen zu beschaffen.



Carlo Conti

«Es braucht einen gewichtigen Anteil an ausländischem Personal.»